

Wir fragen uns verzweifelt, wie es ohne dich weitergehen soll. Du bist viel zu früh von uns gegangen und wirst den kommenden Generationen sehr fehlen.



**Ein kurzes,
unerfülltes Leben
geht zu Ende**

1,5-Grad-Ziel

*** Paris, 2015 † Lützerath, 2023**

In lauter Trauer

Familien, die bei einer Flut alles verlieren

Menschen im Globalen Süden,
denen ihre Existenzgrundlage entzogen wird

Und alle Bewohnerinnen und Bewohner dieses Planeten

Anstatt zugedachter Blumen- und Kranzspenden
fordern wir von der Bundesregierung die Einhaltung des
Bundes-Klimaschutzgesetzes in allen Ressorts.

KAMPF UMS KLIMA

Liebe Leser*innen, liebe Freund*innen,

„Klimaangst, die: Angst vor den Folgen des Klimawandels“. So definiert der Duden ein Gefühl, das Studien zufolge besonders Jugendliche und junge Erwachsene zunehmend betrifft. Ihre Sorgen sind berechtigt: Die Bundesregierung erreicht ihre Klimaschutzziele nicht – weder die eigenen Sektorziele zur Emissionseinsparung noch das 1,5-Grad-Ziel aus dem Pariser Klimaabkommen – wenn es so weitergeht wie bisher. Lützerath ist geräumt, die Ausweitung des Tagebaus Garzweiler beschlossen. Die durch den Ukraine-Krieg verursachte Energiekrise hat nicht nur die deutschen Klimaschutzbemühungen ausgebremst.

Außerhalb Deutschlands sieht es nicht besser aus: Auf der letzten Weltklimakonferenz wurde ein Ausgleichsfonds für Klimaschäden eingeführt; wesentliche Fragen zu dessen Funktionsweise bleiben aber ungeklärt. Für die Senkung der globalen CO₂-Emissionen sowie für Finanz- und Wirtschaftshilfen für ärmere Staaten wurden ebenfalls keine konkreten Pläne erarbeitet. Ist es da nicht nachvollziehbar, sich von der Klimaangst lähmen zu lassen?

Der Begriff Klimaangst ist problematisch: Er suggeriert, dass es sich um ein Problem oder gar eine Krankheit handelt, welche/ Einzelne betrifft. Doch die Klimakrise verschwindet nicht, wenn Einzelne lernen, mit ihren Angstsymptomen umzugehen. Sie bleibt ein reales Problem, dessen Lösung

keinesfalls eine individuelle, sondern eine politische und gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Die Diskussion um den Umgang mit der Klimaangst darf nicht vom Wesentlichen ablenken: der dringenden Notwendigkeit, weiter an der Bewältigung der Klimakrise zu arbeiten.

Statt uns lähmen zu lassen, haben wir uns für diese *presente* gefragt: Was wirkt jetzt, um Klimaschutz und -gerechtigkeit voranzubringen? Auf den folgenden Seiten finden Sie eine Einordnung der Ergebnisse der Weltklimakonferenz, ein Gespräch zwischen Aktivist*innen aus Lützerath und El Salvador über wirksamen Klima-Protest, ein Interview mit Jörg Alt zu den Aktionen der „Letzten Generation“ und eine Analyse der Autorin Ulrike Herrmann zur Unvereinbarkeit von Klimaschutz und Kapitalismus.

Für diese Ausgabe standen wir im Austausch mit dem Aktivist Luis Gonzáles aus El Salvador. Auf die Frage, ob er das Gefühl der Klimaangst kennt und wie er damit umgeht, antwortete er: *„Mit Kampfgeist und Widerstand. Wenn man die ganze Zeit damit beschäftigt ist, die Auswirkungen der Krisen auf das tägliche Leben zu bewältigen, bleibt wenig Zeit für Angst.“*

In diesem Sinne wünschen wir eine motivierende, perspektivverändernde Lektüre!

Ihr / Euer CIR-Team



Das Titelbild zeigt eine „Todesanzeige“ für das 1,5-Grad-Ziel, die wir als Reaktion auf die Räumung des Dorfs Lützerath im Januar in der Frankfurter Rundschau geschaltet haben. Gestaltung: Marco Fischer (grafischer.com)

THEMA

Kampf ums Klima

Was jetzt wirkt

- 4 KIRTZ UND WUNDER (CIR)**
Wer zahlt für den Klimawandel?
Warum Klimapolitik auch Finanzpolitik ist
- 5 ANONYM (ASOCIACIÓN CENTROAMERICANA CENTRO HUMBOLDT)**
„Die wesentlichen Fragen bleiben offen“
Ein Rückblick auf die 27. Weltklimakonferenz
- 7 LÜTZERATH LEBT UND LUIS GONZÁLEZ (UNES)**
Es endet nicht in Lützerath
Wie im Globalen Norden und Süden für Klimagerechtigkeit gestritten wird



- 10 INTERVIEW MIT JESUITENPATER JÖRG ALT**
„Dieser Weg ist für mich alternativlos“
Über zivilen Ungehorsam im Kampf gegen die Klimakrise
- 13 ULRIKE HERRMANN**
Das Ende des Kapitalismus
Warum Wachstum und Klimaschutz nicht vereinbar sind – und wie wir leben werden

MITTELAMERIKA

- 18 THORSTEN MOLL (CIR)**
MITTELAMERIKA
Viel Schatten und ein wenig Licht
- 21 MAIK PFLAUM (CIR)**
EL SALVADOR
Hip oder Hölle? Ein Reisebericht
- 24 DR. ANDRÉA MORAES BARROS (CIR)**
BRASILIAN
Stimmungsbarometer nach der Präsidentenwahl

KAMPAGNE

- 27 THERESA HASCHKE (CIR)**
Mehr mit weniger
Warum wir Energie- und Rohstoffwende nicht gegeneinander ausspielen dürfen

ÜBER UNS

- 30 Neues aus dem CIR-Team**
- 31 Bestellschein**

Diese *presente* könnte auch andere Personen oder Gruppen in Ihrem Umfeld interessieren?

Bestellen Sie gerne mit einer Mail (shop@ci-romero.de) oder einem Anruf (0251-674413-0) gratis weitere Exemplare zum Verteilen im Kollegium, der Freizeitgruppe und dem Bekanntenkreis!

FOTO: FLORIAN HENIG

IMPRESSUM



Herausgeberin:
Christliche Initiative Romero e.V.
Schillerstraße 44a
D-48155 Münster
Tel. +49 (0)251 - 67 44 13 -0
Fax +49 (0)251 - 67 44 13 -11
ci@ci-romero.de
www.ci-romero.de

Redaktion:
Joana Eink (Vi.S.d.P.),
Kirsten Clodius,
Theresa Haschke
Miriam Instenberg,
Lisa Kirtz, Thorsten Moll,
Dr. Andréa Moraes Barros,
Anne Nibbenhagen,
Maik Pflaum, Sina
Trölenberg, Paula Wicke,
Christian Wimberger,
Lara Wunder

Lektorat:
Joana Eink,
Miriam Instenberg,
Annette Spitzmesser
Druck: Druckservice Roxel,
Münster, Februar 2023
Layout: Edith Jaspers
Gedruckt auf
100 % Recyclingpapier

Spenden an die CIR
DKM Darlehnskasse Münster
IBAN DE67 4006 0265 0003 1122 00
BIC GENODEM1DKM
Geprüft und empfohlen.
Das DZI bescheinigt der
Christlichen Initiative
Romero einen verantwortungsvollen Umgang
mit Spendengeldern.



Die Ernten von Kleinbäuerinnen- und -bauern in Mittelamerika leiden jedes Jahr stärker unter der Klimakrise. Wer kommt dafür auf?



Wer zahlt für den Klimawandel?

Warum Klimapolitik auch Finanzpolitik ist

Unter den Auswirkungen des Klimawandels leiden vor allem Menschen im Globalen Süden, die weder maßgeblich zur Klimakrise beigetragen noch die nötigen Mittel haben, um erlittene Schäden auszugleichen. Ausgleichs- bzw. Kompensationszahlungen waren endlich Thema auf der Weltklimakonferenz. TEXT: LISA KIRTZ UND LARA WUNDER (BEIDE CIR)

Sorgenfalten breiten sich auf Pedro Juárez Maríns Gesicht aus, wenn er über seine Aussaat redet. Immer schwieriger wird es für den guatemaltekischen Kleinbauern mit dem, was auf seinem Land wächst, seine Familie zu ernähren. Die Regenzeiten werden unregelmäßiger und extremer – in einem Jahr wird die Saat weggeschwemmt, im nächsten verdorrt sie.

Solche Ernteverluste sowie Schäden durch Naturkatastrophen wurden auf der Weltklimakonferenz COP27 im November 2022 erstmalig thematisiert. Beschlossen wurde die Einrichtung eines Fonds, zu füllen vom Globalen Norden, um Ländern des Globalen Südens zu ermöglichen, klimawandelbedingten Schäden und Verlusten etwas entgegenzusetzen. Ein Erfolg auch für unsere

Partnerländer, die seit Jahren versuchen, das Thema auf die Agenda zu bringen. Denn es treibt sie um: im Großen, mit häufiger und extremer werdenden Wirbelstürmen, die milliardenschwere Schäden verursachen. Wie im Kleinen: Unzähligen kleinbäuerlichen Familien entzieht der Verlust von Ernten jedes Jahr die Lebensgrundlage.

Ambitionen beim Klimaschutz reichen nicht aus

Diesen Teilerfolg einer ansonsten ernüchternden COP27, die vor allem in puncto Reduktion der Treibhausgasausstöße weit hinter den benötigten Ergebnissen zurückblieb, werten unsere Partnerorganisationen (siehe S. 5-6) und die CIR als wichtigen Schritt in die richtige Richtung. Jedoch reichen die

Ambitionen der Weltgemeinschaft bei Weitem nicht aus: Wir steuern auf eine 2,7 Grad wärmere Welt zu, mit drastisch erhöhtem Meeresspiegel und lebensfeindlichen Extremwetterereignissen. Vor dem Hintergrund ist es lobenswert, dass sich Außenministerin Baerbock für die Thematisierung von Schäden und Verlusten einsetzt. Bei der Einhaltung des Bundesklimaschutzgesetzes scheitern jedoch mehrere Sektoren kläglich an ihren Einsparungszielen. Viel Geld wird zukünftig im Fonds für klimawandelbedingte Schäden und Verluste benötigt, aber ebenso wichtig sind Treibhausgaseinsparungen, um Schadensbegrenzung zu betreiben.

Und Pedro? Seine Bitte an internationale Entscheidungsträger*innen ist ganz konkret:

„Helft uns Bäume zu pflanzen.“ Ihr Mikroklima schützt seine Saat, und ihre Fähigkeit, Treibhausgase zu binden, schützt das Weltklima. ■



Klimawandelbedingte Dürren führen immer öfter zu Ernteverlusten. Besonders im mittelamerikanischen Trockenkorridor.

„Die wesentlichen Fragen bleiben offen“

Ein Rückblick auf die Ergebnisse der COP27

*Vertreter*innen der Zentralamerikanischen Gesellschaft Centro Humboldt (Asociación Centroamericana Centro Humboldt) haben den Verhandlungen im Rahmen der Weltklimakonferenz Ende 2022 als Beobachter*innen beigewohnt. Wie sind die Ergebnisse zu bewerten? Ein Vertreter, der aus Sicherheitsgründen anonym bleiben muss, schildert uns seine Eindrücke. ÜBERSETZUNG: LISA KIRTZ (CIR)*

Das für uns wichtigste Ergebnis der COP27 ist der Beschluss zur Einrichtung eines Fonds für klimawandelbedingte Schäden und Verluste. Wir glauben, dass die Entscheidung ein erster Schritt in die richtige Richtung ist. Vorschläge, die wir zusammen mit anderen regionalen Netzwerken erarbeitet und eingebracht haben, wurden in großen Teilen übernommen. Der Fonds wurde vor allem dank des Zusammenhalts der Länder des Globalen Südens und des Drucks zivilgesellschaftlicher Organisationen beschlossen.

Kreditvergabe wäre die falsche Art von Klimafinanzierung

Die wesentlichen Fragen bleiben jedoch offen: Wer wird wieviel in diesen Fonds einzahlen? Wie wird er funktionieren? Und wie wird er dabei helfen, den Klimanotstand anzugehen, den wir derzeit erleben? Es besteht die Gefahr, dass der Fonds zu einer höheren Verschuldung der Länder des Globalen Südens führt, wenn Gelder als Kredite vergeben werden. Das wäre absolut nicht die Art von Klimafinanzierung, die wir brauchen. >

Darüber hinaus bestehen Zweifel daran, wie positive Ergebnisse für die am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen im Globalen Süden sichergestellt werden. Wir müssen unsere Anstrengungen in Bezug auf die Beteiligung und Interessenvertretung von Organisationen der Zivilgesellschaft des Globalen Südens verdoppeln, damit unsere Erwartungen auf den kommenden COPs erreicht werden.

Als wollte sie dem Vertrauensverlust in die Wirksamkeit von Weltklimakonferenzen als globalem Verhandlungsmechanismus entgegenwirken, zeigte die COP27 zum ersten Mal seit fast 30 Jahren Potenzial, zu positiven Ergebnissen für die Schwächsten im Globalen



Die Teilnahme und Einbeziehung von Vertreter*innen aus dem Globalen Süden ist für eine wirksame Weltklimakonferenz essenziell.

Süden zu führen. Trotzdem hat sich das Format als ineffektiv erwiesen und grundlegende Entscheidungen hinausgezögert. Der Fortschritt des Verhandlungsprozesses steht nicht im Einklang mit der Dringlichkeit, die das Fortschreiten des Klimawandels erfordert.

Daher fordern wir:

- 1. Größere Ambitionen und grundlegende Veränderungen der Wirtschaftssysteme, die die Klimakrise verursacht haben.**
- 2. Die Anerkennung der Dringlichkeit und der Notwendigkeit, jetzt zu handeln.**
- 3. Klimaschutz auf der Grundlage von Menschenrechten und Respekt.**
- 4. Die Achtung (afro-)indigener Regierungsmodelle sowie die Förderung der uneingeschränkten und wirksamen Beteiligung ihrer Vertreter*innen.**
- 5. Mehr zugängliche und solidarische Finanzmittel zur Bewältigung der Auswirkungen der Klimakrise für die am stärksten gefährdeten Länder, die nicht weiter von korrupten Regierungen missbraucht werden können.**
- 6. Einen Rechtsrahmen zum Schutz von Menschen, die klimawandelbedingt ihr Land verlassen müssen.**

Gegen alle Widerstände

Als das Centro Humboldt 2022 in Nicaragua geschlossen wurde, war dies für die Zivilgesellschaft und viele Gemeinden im Land ein schwerer Schlag. Die Organisation aber war darauf vorbereitet und hatte bereits in Guatemala die Asociación Centroamericana Centro Humboldt (ACCH) gegründet. Obwohl die ACCH noch im Aufbau begriffen ist, kann sie die wichtige Lobby-Arbeit auf der internationalen Ebene bereits fortsetzen. Sie nimmt an den Weltklimakonferenzen (COPs) teil und koordiniert das bedeutende zivilgesellschaftliche Bündnis „Climate Action Network Latin America“ (CANLA). Dadurch schafft es die Organisation auch weiterhin, die Forderungen der Zivilgesellschaft und der Menschen in der Region nach mehr Klimagerechtigkeit zu verbreiten.

Bitte unterstützen Sie die Organisation in der Aufbauphase mit einer Spende!

Stichwort «ACCH»



Mittelamerikanische Klimaaktivist*innen besuchen im Oktober 2022 den nun geräumten Ort Lützerath: eine Erfahrung, die Eindruck hinterlassen hat.
Links: Marlen Corea
Rechts: Luis González



Es endet nicht in Lützerath

Wie im Globalen Norden und Süden für Klimagerechtigkeit gestritten wird

*Klimaaktivist*innen aus Nicaragua, El Salvador und Honduras haben im Oktober 2022 als Teil einer Rundreise mit der CIR das damals noch besetzte Dorf Lützerath besucht. Mit dabei war Luis González von unserer Partnerorganisation UNES. Im Januar 2023 wurde Lützerath geräumt, um den Braunkohleabbau zu erweitern. Luis und mehrere Vertreter*innen der Initiative "Lützerath Lebt" blicken hier auf das Treffen zurück, suchen nach Unterschieden und Gemeinsamkeiten in ihren Kämpfen für Klimaschutz und -gerechtigkeit und sprechen über erfolgreichen Klimaprotest.*

FRAGEN, TEXT, ÜBERSETZUNG: EINK, INSTENBERG, TRÖLENBERG (ALLE CIR)

Wie habt ihr euer **Zusammentreffen in Lützerath erlebt?**

” Lützerath Lebt: Der Besuch hat unser Herz gewärmt und uns mit Entschlossenheit erfüllt, dem kapitalistischen System weiter den Kampf anzusagen. Es hat uns stolz gemacht, mit welcher Selbstverständlichkeit die Gäste aus Mittelamerika ihre Kämpfe in eine Reihe mit unseren gestellt haben. Das Treffen hat uns erneut vor Augen geführt, dass wir unsere Kämpfe international vernetzen und anticolonial ausrichten müssen, um erfolgreich zu sein.

Luis: Der Austausch von Erfahrungen und Wissen hat uns Energie gegeben und unseren

Kampfgeist gestärkt. Mich hat erstaunt, dass ein entwickeltes Land wie Deutschland es in diesen Zeiten zulässt, ein Dorf für den Kohleabbau abzureißen. Trotz aller Umweltschäden, die das verursacht. So ein Szenario bin ich aus Lateinamerika gewohnt, in Deutschland habe ich so etwas nicht erwartet. Begeistert war ich von der Organisation des Widerstands: Die Arbeit der Aktivist*innen zu sehen, macht Hoffnung. Ich weiß zwar, dass Lützerath inzwischen geräumt ist, aber dank des organisierten Widerstands war das nicht einfach.

Lützerath Lebt: Die Räumung macht uns traurig und wütend. Gleichzeitig wissen wir, >



Szenen des bestärkenden Austausches zwischen den Aktivist*innen aus Lützerath und aus Mittelamerika



dass unser Kampf gegen Braunkohle und für Klimagerechtigkeit weder in Lützerath begonnen hat noch in Lützerath enden wird. Der Ort ist mehr gewesen als ein Symbol. Noch ist die Braunkohle unter dem Dorf im Boden. Unser Kampf für eine sozial gerechte Energiewende geht weiter.

Welche Gemeinsamkeiten und welche Unterschiede seht ihr in eurem Engagement?

Lützerath Lebt: Gemeinsam haben wir den Anspruch, die Probleme bei der Wurzel zu packen, gegen kapitalistische Ausbeutung und staatliche Unterdrückung zu kämpfen. Von den Kämpfen in Mittelamerika können wir vieles lernen. Besonders beeindruckt haben uns der hohe Grad der Selbstorganisation im

Widerstand der Gemeinden, die Entschlossenheit und eine Lebensweise, die abseits staatlicher Strukturen und kapitalistischer Zwänge versucht, unsere Lebensgrundlage zu schützen.

Luis: Ich glaube, dass die Themen „persönliche und digitale Sicherheit“ in den Kämpfen des Südens aufgegriffen werden sollten, ebenso eine bessere Kommunikationsarbeit. Der Globale Norden wiederum sollte die gemeinschaftliche Organisation stärker ausbauen. Denn obwohl es viele einzelne Aktivist*innen gibt, ist es notwendig, eine organisierte Basis für die Verteidigung der Umwelt zu schaffen.

Luis, hältst du die Besetzung von Gebieten für eine wirksame Form des Protests gegen die Klimakrise?

Luis: Zweifellos. Das Beispiel Lützerath hat gezeigt, dass es nicht mehr um einen Konflikt in einem kleinen Dorf geht. Der Konflikt ist auf nationaler und internationaler Ebene eskaliert. Das ist eine Proteststrategie, die in ähnlichen Fällen nachgeahmt werden sollte. Damit der Kampf für Klimaschutz und -gerechtigkeit Erfolg hat, braucht es eine Kombination aus Organisationsarbeit, territorialer Mobilisierung, Kommunikationsstrategien und Sensibilisierung auf nationaler Ebene. Der Konflikt muss auf die Agenda der Entscheidungsträger*innen gesetzt werden.

Was glaubt ihr als Besetzer*innen von Lützerath, wie die Gesellschaft in Deutschland euren Protest wahrnimmt?

Lützerath Lebt: Wir denken, dass ein Großteil der Menschen von der Richtigkeit unseres Protests überzeugt ist. Was fehlt, ist die Überzeugung, an den gegebenen Verhältnissen etwas verändern zu können. Wir hoffen, die Menschen davon überzeugen zu können, dass ein grundlegender gesellschaftlicher Wandel nicht nur nötig, sondern möglich ist.

Wie radikal darf oder muss Klimaprotest sein – auch angesichts der Kriminalisierung von Aktivist*innen, die im Globalen Süden ungleich drastischer ausfällt als hier?

Luis: Ich denke, dass der Kampf immer friedlich sein sollte, aber das heißt nicht, dass er nicht kraftvoll sein kann. Es ist wichtig, dass immer ein Vorschlag zur Lösung vorliegt, und dass dieser Vorschlag auf fundierten Daten beruht. Bei uns in El Salvador hat die Regierung Maßnahmen ergriffen, die das Versammlungsrecht betreffen und die Arbeit sozialer Organisationen erschweren. Es gibt in letzter Zeit viele Beispiele dafür, wie beispielsweise Ausgangssperren während der Coronakrise oder der aktuell herrschende Ausnahmezustand dafür genutzt werden, Umweltschützer*innen durch die Androhung von Haftstrafen einzuschüchtern. Verstärkt wird das durch ein staatliches Narrativ, das soziale Organisationen als Feinde und Gegner*innen der Regierung darstellt.

Lützerath Lebt: Radikal bedeutet: von der Wurzel aus. Wir fordern einen radikalen gesellschaftlichen Wandel. Innerhalb des

bestehenden Systems lässt sich weder die Klimakatastrophe aufhalten noch lassen sich Lösungen für die gesellschaftlichen Krisen unserer Zeit finden. Darum muss sich alles ändern. Daran werden wir arbeiten – solidarisch und mit breitem Widerstand. Bei der Räumung und bei der Großdemo im Januar waren wir mit massiver Polizeigewalt und einer Einsatztaktik konfrontiert, die das Leben Einzelner aufs Spiel setzte, um maximale Abschreckung zu erreichen. Wie umfassend die Staatsanwaltschaft gegen uns vorgehen wird, zeigt sich in den nächsten Monaten. Die Kriminalisierung der Klimabewegung zeigt, dass wir Druck aufbauen und ungemütlich werden. Gleichzeitig verschiebt sich so die öffentliche Diskussion immer wieder weg von unseren Inhalten und politischen Zielen. ■



Verteidigung der
Gemeingüter und der
Selbstbestimmung:
ein zentrales Ziel
von CDM

Aktivist*innen verteidigen

Das Zentrum für Frauenrechte CDM (Centro de derechos de la mujer) unterstützt mutige Menschen in Honduras, die sich gegen den Raubbau an der Natur einsetzen. Insbesondere Aktivist*innen, die Land und Umwelt verteidigen, werden immer öfter bedroht und verfolgt, zu Unrecht angezeigt, verhaftet, verletzt oder gar ermordet.

Das CDM hilft Umwelt- und Menschenrechtsverteidiger*innen, Pläne für ihren Schutz zu entwerfen, ermöglicht im Fall von Kriminalisierung rechtlichen Beistand und macht das Unrecht, das ihnen angetan wird, öffentlich. Außerdem sensibilisiert das CDM politische Entscheidungsträger*innen dafür, Aktivist*innen als Hüter*innen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit anzuerkennen.



Verteidigen Sie mit Ihrer Spende die Verteidiger*innen von Menschenrechten!

Stichwort «CDM»



„Dieser Weg ist für mich alternativlos“

Jesuitenpater Jörg Alt über zivilen Ungehorsam im Kampf gegen die Klimakrise

*Jesuit, Priester, Sozialethiker, Klima-Kleber: Jörg Alt aus Nürnberg unterstützt aktiv die Aktionen der Gruppe „Letzte Generation“. Um auf die Dringlichkeit politischen Handelns angesichts der Klimakrise aufmerksam zu machen, beteiligt er sich an Straßenblockaden und bricht bewusst Gesetze. Wir haben mit ihm über die Rolle und Wirksamkeit von zivilem Ungehorsam und die Kriminalisierung von Aktivist*innen gesprochen.*

INTERVIEW: INSTENBERG, WICKE, WUNDER (ALLE CIR)



Sie setzen sich schon lange für Klimaschutz und -gerechtigkeit ein. Wie wurden Sie zum Klimaaktivisten?

Die Themen Klimaschutz und Grenzen des ökonomischen Wachstums waren in meiner Arbeit immer präsent. Aber bei all meiner Einsicht in die Notwendigkeit, die Schöpfung zu schützen, war mir bis 2019 die Dringlichkeit des Anliegens nicht so deutlich. Durch den Austausch mit den Aktivist*innen von Fridays for Future habe ich gelernt, was Kippunkte sind. Und dass uns die Zeit davonläuft, wenn wir den Klimawandel begrenzen wollen. Also habe ich zunächst eher klassischen Klimaprotest gemacht, in Form von Demonstrationen, Podien, Diskussionen.

Wie kam es dann zur Unterstützung der Protestaktionen der Letzten Generation? Ein Jesuitenpater, der sich auf der Straße festklebt – das überrascht viele.

Ja, vom Jesuit und Priester zum Straftäter zu werden, ist keine normale Karriere. Wenn man mir vor 15 Monaten gesagt hätte, dass ich mal so enden würde, hätte ich gelacht. Das war ein Lernprozess. Während des Hungerstreiks der Letzten Generation vor der Bundestagswahl 2021 habe ich der Gruppe meine Unterstützung angeboten. Als mir klar wurde, dass der Aktivist Henning Jeschke entschlossen ist, für sein Anliegen zu sterben, ist mir das sehr unter die Haut gegangen. Ich habe mich an einer Aktion gegen Lebensmittelüberproduktion und -vernichtung beteiligt – das Thema ist Papst Franziskus seit Jahren ein wichtiges Anliegen. Im Prinzip macht die Letzte Generation dasselbe, was auch wir Jesuiten machen sollten. Allerdings mit viel mehr Entschiedenheit, mit der Bereitschaft für persönliches Risiko. Und ich finde es komisch, selbst nur darüber zu predigen und Segen zu spenden. Dass ich zusammen mit

der Letzten Generation protestiere, ist eine konsequente Weiterentwicklung von dem, wofür ich als Jesuit seit Jahrzehnten eintrete.

Wie reagieren Ihre Mitbrüder auf Ihr Engagement?

Als ich meine Mitbrüder im Globalen Süden zur Sinnhaftigkeit von Straßenblockaden im Kampf gegen die Klimakrise befragt habe, waren sie begeistert: Das ist genau das, was der Klimawandel dort jeden Tag macht – den normalen Alltag unterbrechen. Und wenn solche Aktionen im Globalen Norden vermitteln, wie sich der Klimawandel in Zukunft auswirkt, ist das nur zu begrüßen. Die Jesuiten aus dem Globalen Süden haben zu Beginn der Autobahnblockaden der Letzten Generation eine Solidaritätserklärung verfasst. Das wurde von den Jesuiten im Globalen Norden wahrgenommen. Und dann ist es plötzlich nicht mehr nur die Sache vom verrückten Pater Alt, sondern internationale Solidaritätsarbeit.

Bekommen Sie auch von anderen Kirchenvertreter*innen Verständnis gespiegelt?

Die meisten halten mich für einen Spinner. Von den Bischöfen bekomme ich wenig Resonanz. Dasselbe betrifft die Spitzen von katholischen Verbänden und bedauerlicherweise auch Vertreter*innen katholischer Jugendorganisationen. Diese Art von Protest ist bei der organisierten katholischen Kirche nicht salonfähig. Ich verlange nicht, dass alle Kirchenmitglieder sich mit mir auf die Straße setzen. Aber ich erwarte, dass man sich solidarisch hinter solche Aktionen stellt.

Wie wichtig ist ziviler Ungehorsam, um in der Klimakrise politisch etwas zu bewegen?

Für mich ist dieser Weg alternativlos. Uns läuft die Zeit davon. Laut Weltklimarat haben wir noch drei Jahre, bis die Treibhausgasemissionen anfangen müssen zu sinken, wenn das >



Protestmaßnahmen wie Sitzblockaden vielbefahrener Straßen generieren viel Aufmerksamkeit, aber auch viel Unverständnis und Wut.



1,5-Grad-Ziel überhaupt noch eine Chance haben soll. In diesen Jahren stellen wir die Weichen dafür, wie die Welt in Zukunft aussieht. Ich mache das nicht gerne, ich habe keinen Bock auf Gefängnis. Aber ich habe den Glauben daran verloren, dass klassische Protestformate ausreichen. Wir würden doch nicht miteinander sprechen, wenn ich nicht Straftäter wäre. Ohne die Letzte Generation wäre das Klimathema nicht so sehr auf der gesellschaftspolitischen Agenda. Natürlich polarisieren und nerven wir. Aber nur so kommt eine öffentliche Diskussion in Gang. Ziviler Ungehorsam ist für mich ein Beweis dafür, dass bestimmten Menschen die Demokratie verdammt am Herzen liegt. Natürlich gibt es eine lautstarke Minderheit, die man nicht überzeugen kann. Aber ich habe den Eindruck, dass viele nachdenklich werden. Auch, weil es Leute gibt wie mich, die absolut unverdächtig sind, Krawallbrüder aus Lust am Krawall zu sein.

Die Aktivist*innen der Letzten Generation werden stark kriminalisiert: Es finden Razzien statt, sie werden in Präventivhaft genommen und als Klimaterrorist*innen bezeichnet. Wie nehmen Sie diese Entwicklung wahr?

Es ist eine natürliche Reaktion, zu versuchen, die unangenehmen Bot*innen, die das ruhige „Weiter so“ stören, mundtot zu machen. Gandhi hat gesagt: Zuerst ignorieren sie dich, dann lachen sie dich aus, dann bekämpfen sie dich und dann gewinnst du. Inzwischen sind wir also im Stadium drei. Die Letzte Generation betrachtet sich als gewaltfreie und friedliche Gruppe. Wir sind der Meinung, dass

es legitimierbar ist, einzelne Gesetze zu brechen, weil wir aus dem rechtfertigenden Notstand heraus handeln. Unsere Hauptforderungen umzusetzen, nämlich ein Essen-Retten-Gesetz und ein Tempolimit, würde nichts kosten, aber sofort unglaublich viel CO₂ einsparen. Ich kann die Verzweigung vieler Aktivist*innen sehr gut verstehen und werde auch wütend, wenn ich sehe, wie Söder, Scholz und Co. auf diese Form von Protest reagieren. Dass ein Volker Wissing, der Verpflichtungen des Klimaschutzgesetzes bricht, nicht in Beugehaft genommen wird, während Demonstrant*innen, die fordern, dass die Regierung ihren Job macht, wochenlang präventiv in Gewahrsam kommen. Da stimmt doch etwas nicht in unserem Land.

Was muss erreicht werden, damit Sie Ihren Protest als erfolgreich betrachten?

Ich hoffe, dass das Verständnis in der Bevölkerung wächst. Natürlich will ich auch, dass meine politischen Forderungen erfüllt werden. Und solange das nicht der Fall ist, muss ich gucken, wie ich den gesellschaftlichen Druck aufrechterhalte und weiter nerve. Ich weiß, dass die Letzte Generation noch viele Ideen hat, um den Druck auf die Regierung zu erhöhen. Und im Moment bekommen wir sehr viel Zulauf.

Vielen Dank für das Gespräch – und vor allem für Ihren mutigen Einsatz für soziale und ökologische Gerechtigkeit!



Das Ende des Kapitalismus

Warum Wachstum und Klimaschutz nicht vereinbar sind – und wie wir leben werden

Dass der Klimawandel eine ernsthafte Bedrohung für unsere Existenz darstellt, ist seit Jahrzehnten bekannt. Doch statt die Muster zu überdenken, die uns in diese prekäre Lage gebracht haben, dreht sich – vor allem in der westlichen Welt – alles um Wachstum und Wohlstand. So kann es nicht weitergehen. TEXT: ULRIKE HERRMANN

Viele Jugendliche verzweifeln an den Erwachsenen. Die Klimakrise gefährdet ihre Zukunft, doch unablässig entstehen neue Treibhausgase. „Was macht unsere Eltern nur so ratlos?“, fragt sich etwa Klimaaktivistin Luisa Neubauer.

Diese seltsame Ratlosigkeit entsteht, weil Klimaschutz nur möglich ist, wenn wir den Kapitalismus abschaffen. Anders als Kapitalismuskritiker*innen glauben, ist dies keine frohe Botschaft. Denn mit dem Kapitalismus entstand das erste Sozialsystem in der Geschichte, das Wohlstand erzeugt hat. Vorher gab es kein nennenswertes Wachstum. Die Menschen betrieben eine eher kümmerliche Landwirtschaft, litten oft unter Hungerkatastrophen und starben im Durchschnitt mit 35 Jahren.

Der Kapitalismus war ein Fortschritt, hat aber eine fundamentale Schwäche: Er erzeugt nicht nur Wachstum, sondern benötigt Wachstum, um stabil zu sein. In einer endlichen Welt kann man aber nicht unendlich wachsen. Momentan tun die Westeuropäer*innen so, als könnten sie drei Planeten verbrauchen. Bekanntlich gibt es nur eine Erde.

Grün schrumpfen statt wachsen

Die Regierungen setzen bisher darauf, Wirtschaft und Klimaschutz zu versöhnen. Die große Hoffnung ist, dass sich die gesamte Wirtschaft auf Ökostrom umstellen ließe –

ob Verkehr, Industrie oder Heizung. „Grünes Wachstum“ ist jedoch eine Illusion, denn der Ökostrom wird nicht reichen.

Diese Aussage mag zu nächst überraschen, schließlich schickt die Sonne fünftausendmal mehr Energie zur Erde als die acht Milliarden Menschen benötigen würden, wenn sie alle den Lebensstandard der Europäer*innen genießen könnten. Leider muss die Sonnenenergie erst eingefangen werden. Solarpaneele und Windräder liefern jedoch nur Strom, wenn die Sonne scheint und der Wind weht. Um für Flauten und Dunkelheit vorzusorgen, muss Energie gespeichert werden – und dieser Zwischenschritt ist so aufwändig, dass Ökostrom knapp und teuer bleiben wird. Wenn die grüne Energie reichen soll, bleibt nur „grünes Schrumpfen“.

An Visionen mangelt es nicht, wie eine ökologische Kreislaufwirtschaft aussehen könnte, in der nur so viel verbraucht wird, wie sich recyceln lässt. Stichworte sind unter anderem Tauschwirtschaft, Gemeinwohlökonomie, Konsumverzicht, Arbeitszeitverkürzung oder bedingungsloses Grundeinkommen. Auch muss niemand fürchten, dass wir „wieder in der Steinzeit landen“ und „in Höhlen wohnen“, wenn der Kapitalismus endet. Eine kleine Rechnung zeigt: >



Neue CIR-Wanderausstellung:
„Genug für alle – Wirtschaftswandel wagen!“
Siehe Seite 15 >

Würden wir auf die Hälfte unserer Wirtschaftsleistung verzichten, wären wir immer noch so reich wie 1978. Damals gab es zwar keine „Flugmangos“ aus Peru, aber wir waren so zufrieden wie heute.

Lösungen vom Ende her denken

Eine ökologische Kreislaufwirtschaft wäre also möglich. Doch wird diese Vision meist mit dem Weg verwechselt. Das Ziel soll zugleich der Übergang sein. Nur selten wird gefragt, wie man aus einem wachsenden Kapitalismus aussteigen soll, ohne schwere Wirtschaftskrisen zu erzeugen und Millionen Menschen in die Arbeitslosigkeit zu schicken. Viele Klimaaktivist*innen spüren, dass der Abschied vom Kapitalismus schwierig wird. Greta Thunberg wurde kürzlich gefragt, wie das künftige System aussehen soll. „Ich weiß es nicht“, antwortete sie. „Es wurde bisher noch nicht erfunden.“

Um sich dieses „grüne Schrumpfen“ vorzustellen, hilft es, vom Ende her zu denken. Wenn Ökostrom knapp bleibt, sind Flugreisen und private Autos nicht mehr möglich. Banken werden weitgehend obsolet, denn Kredite lassen sich nur zurückzahlen, wenn die Wirtschaft wächst. In einer klimaneutralen Wirtschaft würde niemand hungern – aber Millionen von Arbeitnehmer*innen müssten sich umorientieren. Investmentbanker*innen oder Flugbegleiter*innen wären überflüssig, dafür würden viele Arbeitskräfte in der Landwirtschaft und den Wäldern benötigt, um die Folgen der Klimakrise zu lindern.

Zum Glück gibt es ein historisches Modell, wie sich „grünes Schrumpfen“ organisieren ließe: die britische Kriegswirtschaft ab 1939. Die Briten hatten den Zweiten Weltkrieg nicht wirklich kommen sehen und mussten in kürzester Zeit ihre Wirtschaft komplett auf das Militär ausrichten, ohne dass die Bevölkerung hungerte. Es entstand eine Planwirtschaft, die bemerkenswert gut funktionierte.

Die Fabriken blieben in privater Hand, aber der Staat steuerte die Produktion – und organisierte die Verteilung der knappen Güter. Es gab keinen Hunger, aber es wurde rationiert.

Vom Überfluss zur Überlebenswirtschaft

Diese Mengen- und Preiskontrollen waren in Großbritannien ungemein populär. Wie die britische Regierung bereits 1941 feststellen konnte, war das Rationierungsprogramm „einer der größten Erfolge an der Heimatfront“. Denn die staatlich verordnete Gleichmacherei erwies sich als Segen: Ausgerechnet im Krieg waren die unteren Schichten besser versorgt als je zuvor. Die Briten erfanden eine private und demokratische Planwirtschaft, die mit dem dysfunktionalen Sozialismus in der Sowjetunion nichts zu tun hatte.

Noch leben wir in einer Überflussgesellschaft, doch erste Rationierungen sind schon abzusehen – vor allem beim Wasser. Dürren und Hitzeperioden werden künftig normal sein, sodass sich dann die Frage stellt, an wen das knappe Nass gehen soll: an die Haushalte, die Landwirtschaft oder die Industrie? Wenn wichtige Güter rar und damit teuer werden, kann allein der Staat für eine gerechte und effiziente Verteilung sorgen. Der Markt hilft nicht weiter, weil nur die Reichen das nötige Geld hätten, um sich einzudecken.

Der Kapitalismus wird enden, weil er mit dem Klimaschutz nicht vereinbar ist. Die nächste Epoche wird eine „Überlebenswirtschaft“ sein. ■

Ulrike Hermann ist eine deutsche Journalistin und Autorin. Sie arbeitet u.a. als Wirtschaftsredakteurin bei der taz. Ihr viel beachtetes Buch „Das Ende des Kapitalismus. Warum Wachstum und Klimaschutz nicht vereinbar sind - und wie wir in Zukunft leben werden“ erschien im September 2022.





NEUE CIR-WANDERAUSSTELLUNG

GENUG FÜR ALLE WIRTSCHAFTSWANDEL WAGEN!

Was ist ein gutes Leben und wer hat ein Recht darauf? Diese Frage stellt die neue **CIR-Wanderausstellung „GENUG FÜR ALLE – WIRTSCHAFTSWANDEL WAGEN“**, die Visionen für eine ökologisch nachhaltige und sozial gerechte Zukunft aufzeigt. Drei zusammensteckbare Türme aus Wabenkarton laden zum Entdecken ein: Was sind die Missstände unseres Wirtschaftssystems? Wie können eine Agrarwende und eine Rohstoffwende dabei helfen, sie zu beheben? Die Ausstellung kann über die Webseite der CIR ausgeliehen und z.B. in Weltläden, Bibliotheken oder Tagungsräumen aufgebaut werden. Ein Angebot für alle, die ein Umdenken über unser Wirtschaftssystem bewirken wollen.

INFOS UNTER:

www.ci-romero.de/produkt/wanderausstellung-wirtschaftswandel



Honduras

Schule für Ergonomie

In einer Nähfabrik zu arbeiten, bedeutet nicht nur lange Arbeitstage für viel zu wenig Lohn. Es ist auch körperlich harte Arbeit, die zu vielen Berufskrankheiten führt. Arbeiter*innen in der Bekleidungsindustrie leiden oft unter chronischen Schmerzen wegen der sich ständig wiederholenden Bewegungen, der Anspannung durch extremen Zeitdruck und der unergonomischen Arbeitsplätze.

Unsere Partnerorganisation EMIH aus Honduras hat einen Lehrgang für Gewerkschafter*innen entworfen, damit diese sich in den Fabriken für Gesundheitsprävention einsetzen können. In der „Schule für Ergonomie“ werden medizinische Grundlagen über den menschlichen Körper und Anregungen für Verbesserungen am Arbeitsplatz vermittelt.

Die Näherin Miriam wurde nach der Kurs teilnahme in den Ausschuss für Ergonomie der Gesundheitskommission ihrer Gewerkschaft gewählt. Ihr Fazit: „Mir hat besonders



Neu erworbenes Wissen weitergeben: Das ist eines der Schlüsselemente der Schulungen von EMIH.

gefallen, dass ich Dinge gelernt habe, die ich sofort in die Praxis umsetzen kann und mit denen ich meinen Kolleg*innen helfen kann.“

120 Euro kostet die Kursteilnahme pro Person. Bitte unterstützen Sie die Schule für Ergonomie.

Stichwort «EMIH ERGONOMIE»

GRUNDSÄTZE UNSERER PROJEKTARBEIT

Mit Ihrer Spende kann die Romero Initiative Projektpartner*innen unterstützen, die sich einsetzen für

- die Selbstbestimmung von Frauen
- die Achtung und Anerkennung arbeitender Kinder
- menschenwürdige Arbeitsbedingungen
- globale Klimagerechtigkeit und Klimaschutz
- die politische Stärkung der Zivilgesellschaft
- die Achtung und Selbstbestimmung der indigenen Bevölkerung

El Salvador

Kampf um Land

Wegen ungerechter Landverteilung und fehlender finanzieller Mittel haben viele Kleinbäuerinnen und -bauern in El Salvador kein eigenes Land und leben in bitterer Armut. ANTA, die Vereinigung der Landarbeiter*innen El Salvadors, richtet die Forderung nach Landzugang an die Politik. ANTA identifiziert ungenutzte bzw. gesetzeswidrig genutzte Landflächen und unterstützt Landlose dabei, sich dort anzusiedeln und für die Landübertragung zu kämpfen. Aktuell haben sie ein 5,5 Hektar großes Grundstück in San Juan Opico besetzt. Dort können 170 Familien siedeln und Landwirtschaft betreiben. 85 haben sich bereits niedergelassen.

Die CIR unterstützt ANTA bei den Kosten für die Rechtsanwält*innen, die das Anliegen juristisch absichern und mit staatlichen Stellen verhandeln.

Hierfür bitten wir um Ihre Unterstützung.



Diese Familie hofft, in der neuen Siedlung bleiben zu können.

Guatemala

Schutz für Mädchen vor sexueller Gewalt!

In Guatemala hat die Zahl der Kinder- und Teenagerschwangerschaften drastisch zugenommen: Zwischen 2015 und 2019 stieg sie von jährlich 103.937 auf 114.858. In den ersten zwei Monaten 2022 haben 12.379 Teenagerinnen zwischen 10 und 19 Jahren Kinder bekommen. Gesundheitsexpert*innen gehen davon aus, dass viele dieser Schwangerschaften auf sexuelle Gewalt zurückzuführen sind. In vielen Gemeinden gilt es als tabu, mit Kindern über Sexualität zu sprechen und sie über ihre Rechte aufzuklären.

Unsere Partnerorganisation ADEMI in Tecpán bietet Kurse über reproduktive Gesundheit an, um Mädchen auf kreative Weise aufzuklären. Sie lernen, wie sie sich schützen und ihr Wissen mit anderen teilen können.

Unterstützen Sie diese wichtige Kinderrechtsarbeit mit einer Spende!

Stichwort «ANTA»

Stichwort «ADEMI»

IHRE
SPENDE
HILFT

Unsere Projekte stehen für Wege zu mehr Gerechtigkeit, zukunftsfähiger Entwicklung und kultureller Vielfalt und Toleranz. Wenn nötig, leistet die CIR in Mittelamerika auch Notfall- und Katastrophenhilfe. Für Planung, Durchführung und korrekten Einsatz der Gelder sind wir gemeinsam mit unseren Projektpartner*innen verantwortlich. Um ihnen langfristige Perspektiven geben zu können, sind wir auf Ihre Spenden ebenso angewiesen wie auf Zuwendungen der Europäischen Union, der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen (SUE), des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie auf Spenden aus Kirchen- und Pfarrgemeinden, Schulen und Eine-Welt-Läden.

SPENDENKONTO

Bitte unterstützen Sie unsere Projektpartner*innen mit einer Spende.

Darlehnskasse Münster
IBAN: DE67 4006 0265
0003 1122 00
BIC: GENODEM1DKM

Oder online unter
www.ci-romero.de/spenden



Die schönsten Momente einer Dienstreise in Mittelamerika: Ein herzlicher Empfang der drei CIR-Referent*innen durch die Gemeinde Planes de Muyen im Südwesten Honduras'.

MITTELAMERIKA

Viel Schatten und ein wenig Licht

Die politische Situation in Mittelamerika ist gleichermaßen schwierig wie dynamisch. Unser Auslandsreferent Thorsten Moll war zusammen mit den Kolleginnen Doris Hinderemann und Katharina Paar im Herbst 2022 in Honduras, El Salvador und Guatemala. Dort sprach er mit CIR-Partnerorganisationen über Entwicklungen in der Region.

TEXT: THORSTEN MOLL (CIR)

Meine Reise beginnt am Flughafen La Aurora von Guatemala. Byron, der mich im Taxi zum Hotel bringt, lässt durchblicken, was ich in den folgenden Tagen häufig höre: Die Unzufriedenheit mit der Regierung von Präsident Alejandro Giammattei ist groß. Byron kritisiert die Korruption und den schlechten Zustand der Straßen. Giammattei, so viel wird klar, hat nur wenig Rückhalt in der Bevölkerung. Dass er die Wahlen 2023 gewinnt, ist unwahrscheinlich.

Guatemala: Korruption und Kooption

Ein Grund zur Hoffnung ist das jedoch kaum, wie mir Alejandro und José Luis von unserer

Partnerorganisation CONGCOOP sagen. Viele Institutionen wurden mittlerweile vom „Pakt der Korrupten“ kooptiert – einem Netz von Militärs, Politiker*innen, Regierungsvertreter*innen und Mitgliedern des organisierten Verbrechens. Zum Beispiel durch den Austausch des Personals der Generalstaatsanwaltschaft und an Gerichtshöfen.

Gleichzeitig sind die Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft bedroht. Das erinnert mich an Nicaragua, wo bereits über 3.000 Organisationen geschlossen wurden.

Einen Lichtblick bietet meine Guatemala-Reise dennoch: Das Centro Humboldt, bis zu seiner Schließung 2022 in Nicaragua ansässig, agiert seit Kurzem in Guatemala als

Asociación Centroamericana Centro Humboldt und führt sein Engagement für Klimagerechtigkeit fort. Noch befindet sich die Organisation am Anfang, doch mein Besuch in den provisorisch eingerichteten Räumen macht Mut: Unsere Partnerorganisationen finden selbst angesichts stärkster Repression Wege, um weiterzumachen.

Wie wichtig das ist, zeigt mein Besuch der Pastoral de Movilidad Humana (PMH) und einer ihrer Unterkünfte für Migrant*innen. Insbesondere aus Venezuela, aber auch aus Nicaragua nimmt die Migration gen Norden zur Zeit meiner Reise zu. Von den Migrant*innen höre ich unfassbare Geschichten (siehe auch presente 4/2022). Beispielsweise, dass sie für die Schleuser*innen Drogen oder Waffen über die Grenzen schmuggeln müssen, um die Kosten der Reise zu bezahlen. Entsprechend groß ist der Dank für die Arbeit der PMH und ihrer Herbergen, die zumindest für eine Nacht eine sichere Unterkunft und Verpflegung bieten.

Honduras: Neue Handlungsspielräume für NGOs

Ein positiveres Bild der politischen Lage zeichnen unsere Partnerorganisationen in Honduras. Seit Januar 2022 ist Xiomara Castro Präsidentin des Landes. Für Jazziel von unserer Partnerorganisation ANAF AE steht fest, dass Castro eine Mammutaufgabe bevorsteht, den Scherbenhaufen aus zwölf Jahren „Narco-Diktatur“ zu beseitigen. Sie erkennt erste positive Effekte: Der Zivilgesellschaft öffnen sich Türen im Dialog mit öffentlichen Institutionen und Entscheidungsträger*innen.

Derweil läuft die Arbeit auf lokaler Ebene weiter. Mit dem Centro de Desarrollo Humano (CDH) besuchen wir die Gemeinde Planes de Muyen im Südwesten Honduras'. Die Bewohner*innen haben ihre Häuser in einen Hang

gebaut – aus Holz, Stein und viel Wellblech. Vor ihrem Haus hat eine Frau einen Tisch aufgebaut, auf dem sie uns einen Teil ihrer Ernte präsentiert. Neben Mais und Bohnen finden sich dort unter anderem Paprika, Kürbisse, Bananen und Erdbeeren.

Mit Unterstützung von CDH passen sich die Menschen hier an die Klimaerhitzung an, zum Beispiel durch Wiederaufforstung oder veränderte Methoden beim Anbau von Grundnahrungsmitteln. Die reichhaltige Ernte auf dem Tisch zeugt davon, dass diese Arbeit Früchte trägt. Auch die schönen Worte, die unsere Gastgeberin am Ende des Treffens spricht, hinterlassen bei mir ein positives Gefühl: Die Arbeit unserer Partnerorganisationen zeigt vor Ort Wirkung. >

Eine reiche Ernte trotz Klimaerhitzung. Die Anpassungsmaßnahmen der honduranischen Gemeinde tragen Früchte.



Doch als wir uns anschließend mit Mitgliedern der indigenen Lenca treffen, verlässt mich meine Zuversicht. Unter ihnen Marlen, die uns später in Deutschland besuchen wird (siehe auch S. 7-9). In ihrer Gemeinde leisten die Lenca Widerstand gegen Wasserkraftprojekte. Viele mussten schon mehrfach ihr Haus verlassen, weil sie bedroht wurden. Und immer wieder höre ich von Compañero Felix Vásquez, der Ende 2020 in seinem Haus erschossen wurde. In den Erzählungen wirkt es fast so, als wären diese Erfahrungen Routine. Mich aber lässt es nicht los, dass die Menschen hier ihr Leben riskieren, um ihre Rechte zu verteidigen.

El Salvador: Sicherheit um jeden Preis

Der letzte Teil meiner Reise führt mich nach El Salvador. Es lassen sich Parallelen zur politischen Situation in Guatemala erkennen. Es gibt allerdings einen Unterschied: Im Gegensatz zu Giammattei erfreut sich Präsident Nayib Bukele in der Bevölkerung großer Beliebtheit. Grund dafür ist laut unserer Partnerorganisation Tutela Legal vor allem die Bekämpfung der Bandenkriminalität. Das erhöhe die Sicherheit im Land spürbar.

Aber: Der Preis ist hoch. Denn im Zuge der Bekämpfung der Bandengewalt kommt es zu unzähligen willkürlichen Festnahmen. Vize-Präsident Félix Ulloa kann diese Festnahmen sogar öffentlich einräumen und als Kollateralschäden bezeichnen. Konkret sehen diese etwa so aus: Esmeralda, eine Anwältin, die mit Tutela Legal verbunden ist, sitzt zur Zeit meiner Reise seit etwa fünf Monaten im Gefängnis. Ihre Tochter war zum Zeitpunkt ihrer Festnahme gerade drei Monate alt. Seitdem gibt es keine Kommunikation mehr mit Esmeralda. Nicht einmal ihre Mutter kann mit ihr sprechen oder sie sehen.

Am Ende meiner Dienstreise bleibt somit das bedrückende Gefühl, dass über unseren Partnerländern Mittelamerikas trotz einzelner Lichtblicke viel Schatten liegt. ■

Das Team der Pastoral beim Besuch der CIR-Referent*innen im Herbst 2022.



Grenzerfahrungen

Die Migrationsbewegungen aus und durch Mittelamerika reißen nicht ab. Obwohl die Herausforderungen extrem sind: Für die Schleuser*innen, die mit dem organisierten Verbrechen in Verbindung stehen, müssen die Migrant*innen Drogen oder Waffen über die Grenzen bringen. Von Vertreter*innen lokaler Behörden werden sie ausgeraubt oder erpresst. Die Pastoral de Movilidad Humana bietet den Menschen mit ihren Herbergen nicht nur einen Schlafplatz und Verpflegung, sondern auch wichtige Beratung. So können sich die Migrant*innen zumindest für einen kurzen Moment an einem sicheren Ort von den Strapazen erholen und auf ihre weitere Reise vorbereiten.

**Mit Ihrer Spende können Sie
Migrant*innen auf ihrem schweren Weg
Richtung Norden unterstützen.**

Stichwort «MIGRATION»



El Salvador unter Präsident Bukele ist ein Land der Extreme: Während der internationale Tourismus massiv ausgebaut wird, bleibt die eigene Bevölkerung auf der Strecke und tausende Menschen werden im Namen der Sicherheit inhaftiert.



EL SALVADOR: Hip oder Hölle?

Unser langjähriger El Salvador-Referent konnte nach über zwei Jahren Corona-Pause endlich wieder in das kleine mittelamerikanische Land reisen und die Partner*innen der CIR besuchen. Seine Eindrücke schildert er in diesem Artikel. TEXT: MAIK PFLAUM (CIR).

Seit Jahren belegt El Salvador, das gerade mal so groß ist wie Hessen, weltweit einen Spitzenplatz in Sachen Gewalt und Mord. Kriminelle Jugendbanden haben das Land unter sich aufgeteilt und verteidigen ihre Territorien mit größter Brutalität. Dutzende Tote an einem Wochenende sind keine Seltenheit.

Doch seit 2019 regiert der junge, reiche Präsident Nayib Bukele, der weder rechts noch links sein will, El Salvador. Er lenkt das Land via Facebook und Twitter. Als es im März 2022 innerhalb von drei Tagen zu einer besonders brutalen Mordserie mit 87 Toten kam, verhängte Bukele einen einmonatigen

Ausnahmestand, der bis heute immer wieder verlängert wurde, obwohl dies laut Verfassung nur einmal erlaubt ist. Doch das kümmert den Präsidenten nicht. Was Recht ist, definiert er – und missbraucht dafür regelmäßig seine absolute Mehrheit im Parlament. Das Militär, das er stetig aufrüstet, weiß er treu hinter sich.

Kampfansage an die Banden

Bukeles Armee führt einen erbitterten Kampf gegen die Banden. 65.000 Menschen landeten seit März 2022 in den ohnehin schon überfüllten Gefängnissen. Dass viele Unschuldige darunter sind, kümmert Bukele nicht. >

FOTOS: MAIK PFLAUM (CIR)



Bitcoin: das Baby des Präsidenten. Damit einhergehend – Bitcoin-Automaten in den Städten. Doch nur ein winziger Teil der Bevölkerung nutzt die Möglichkeit, Dollar in die Kryptowährung zu tauschen.

Prophet. Einer der bekanntesten Reiseführer der Welt, der Lonely Planet, hat El Salvador zu den Top-Reisezielen 2023 erklärt.

Alles so schön bunt hier?

Eine andere Skurrilität ist die Tierklinik Chivo-Pet, deren moderne Ausstattung die aller staatlichen Krankenhäuser übertrifft. Während für krebserkrankte Salvadorianer*innen die Medizin fehlt, hat ChivoPet modernste Apparate zum Röntgen, für MRTs und vieles mehr. Selbst aufwändige Behandlungen kosten nur wenige Cents, die allerdings digital und in Bitcoin zu zahlen sind. Das schließt einen Großteil der Bevölkerung aus.

Ihnen werden elementare Rechte vorenthalten. Wer krank ist, schwebt in Lebensgefahr, da eine medizinische Betreuung de facto nicht existiert. Nicht einmal die Versorgung mit Medikamenten für chronisch Kranke ist gesichert. Die Angehörigen müssen für Gefängniskleidung und Nahrungsmittel sorgen. Ob die Sachen bei den Gefangenen ankommen, weiß jedoch niemand. Besuche werden nicht zugelassen.

Neben Millionen fürs Militär verplant Bukele Unsummen für weitere Großprojekte, darunter ein zweiter Flughafen, eine Pazifik-Bahnlinie entlang der Küste, ein neues Fußballstadion und ein neues Gefängnis für 40.000 Insass*innen. Expert*innen warnen unterdessen angesichts der hohen Verschuldung El Salvadors vor einer Zahlungsunfähigkeit. Allein die Einführung der Bitcoin-Währung soll laut Internationalem Währungsfonds 250 Millionen Dollar verschlungen haben.

Trotzdem kommt Bukele bei der Bevölkerung gut an. Umfragen sprechen von 80 Prozent Zustimmung. In den sozialen Medien ist er omnipräsent – und lässt das Land vom Fortschritt träumen. El Salvador hat als erstes Land der Welt im September 2021 die Digitalwährung Bitcoin zur Landeswährung gemacht, obwohl hier viele Menschen weder einen Computer noch einen Zugang zum Internet haben. Für Bitcoin-Fans aus aller Welt ist El Salvador hip – und Bukele ihr



Eine neue Tierklinik mit besseren Standards als in Krankenhäusern für Menschen, während ein großer Teil der ländlichen Bevölkerung in Hütten lebt, ohne fließendes Wasser. Ein weiteres Paradoxon unter der Bukele-Regierung.

FOTOS: MAIK PFLAUM (CIR)

Die arme Bevölkerung wird abgehängt

El Salvador ist das Land der Gegensätze. Am Meer entstehen touristische Zentren, die Welt kommt zum Surfen vorbei. Strandgrundstücke für Apartments und Villen werden zu Preisen wie in Europa gehandelt. Gleichzeitig leben auf dem Land noch immer viele Menschen ohne Latrinen und ohne fließendes, sauberes Wasser. Ohne feste Arbeit und ohne Sozialversicherung. Ohne Zugang zu einem Bildungssystem, das Chancen für ein besseres Leben eröffnen könnte.

Und Bukele sägt weiter an den wenigen Lichtblicken. Der staatlichen Universität El Salvadors UES wurde das ohnehin knappe Budget gekürzt. Sie ist für die Armen die einzige Hoffnung auf ein vernünftiges und erschwingliches Studium. Doch die UES ist traditionell kritisch und autonom verwaltet – das ist einem Alleinherrscher, der keinerlei Kritik duldet, natürlich ein Dorn im Auge.

Keine Krankheit dauert 100 Jahre

Die Regierung hat keinen Plan, wie sie die Misere der armen Bevölkerung verbessern will. „Niemand versucht die Probleme strukturell zu verändern. Es werden immer nur Strafen erhöht. Gibt es z.B. viele Verkehrstote, heißt es: ‚Erhöhen wir die Strafen!‘ Dieses Schubladendenken muss sich ändern!“, so der Anwalt einer CIR-Partnerorganisation. Gerade für männliche Jugendliche und junge Männer ist die aktuelle Situation verheerend. Sie stehen unter Generalverdacht, Bandenmitglieder zu sein. Tausende sind schon in den Gefängnissen verschwunden. Die Leiterin einer Frauenorganisation berichtet, dass viele Frauen vor den Gefängnissen warten, im Regen, im Sturm, in der Sonne, ohne jeden Schutz, um herauszubekommen, wo ihre Männer bzw. Familienangehörigen sind.

Die zivilgesellschaftlichen Organisationen, die die CIR unterstützt, arbeiten unterdessen

weiter, versuchen dabei aber, weniger aufzufallen. Sie arbeiten mit kleineren Gruppen, weil ein Großteil der Bevölkerung sich von Bukele blenden lässt. Doch sein Ruhm wird bröckeln, so die Prognose einer Gewerkschafterin. Die Angehörigen der 65.000 Verhafteten erfahren schmerzhaft, wofür das Regime steht. „Sie werden nie mehr für Bukele stimmen.“ Der Mitarbeiter einer Landarbeiterorganisation, der in den 80er Jahren in der Guerilla kämpfte, ergänzt: „Keine Krankheit dauert 100 Jahre.“ Bis es soweit ist, schulen und organisieren sie die Landarbeiter*innen.

Der Vorstand einer basiskirchlichen Organisation erklärt: „Wir setzen auf politische Bildung. Wir organisieren Kurse zur Verteidigung der Menschenrechte und haben gelernt, dass auch wir Verteidiger*innen der Menschenrechte sind. Wir organisieren die Gemeinden. Sie müssen die Protagonist*innen des Wandels sein. Organisationen können verschwinden – die Gemeinden nicht, wenn ihr politisches Bewusstsein geschärft ist.“ ■

Menschenrechte stärken!

Die Handlungsspielräume für die Zivilgesellschaft in Mittelamerika werden ständig enger. Politische Betätigung und Meinungsfreiheit werden immer stärker eingeschränkt. Die Arbeit von Journalist*innen und Aktivist*innen ist allzu oft lebensgefährlich. Die CIR unterstützt Verteidiger*innen von Menschenrechten in Notsituationen. Beispielsweise mit der Finanzierung von Schutzunterkünften oder juristischer Hilfe.

Bitte fördern Sie mit Ihrer Spende die Zivilgesellschaft in Mittelamerika, damit sie die repressiven und totalitären Regime Mittelamerikas überdauert.

Stichwort «MENSCHENRECHTE»



Die Amtseinführung Lulas am 1.1.2023. Vor allem die indigene Bevölkerung Brasiliens und die sozialen Bewegungen sehen seiner Amtszeit hoffnungsvoll entgegen.

BRASILIEN: Stimmungsbarometer nach der Wahl **Heiter bis stürmisch**

*Im November 2022 reiste CIR-Referentin Dr. Andréa Moraes Barros nach Brasilien, um Partner*innen zu besuchen, die sich der Förderung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft im Orangensektor verschrieben haben. Ziel der Reise: Gemeinsam ein Verständnis für das deutsche Lieferketten- und Sorgfaltspflichtengesetz, seine Umsetzung und seine Grenzen entwickeln. Die Reise fand zu einer politisch turbulenten Zeit statt.*

TEXT: DR. ANDRÉA MORAES BARROS (CIR) MIT UNTERSTÜTZUNG VON EDINEI GARCIA

Die Dienstreise in mein Heimatland Brasilien begann sehr aufregend. Nur einen Tag vor meiner Ankunft wurde Luiz Inácio Lula da Silva von der Arbeiterpartei PT zum neuen Präsidenten gewählt. Der Sieg der PT ist auch ein Sieg der sozialen Bewegungen (inklusive unserer Partnerorganisationen), die sich aktiv für ein Ende der Politik Bolsonaros eingesetzt haben: eine antidemokratische, rassistische Politik des Sozialabbaus, die Arbeiter*innen und Umwelt geschadet sowie Brasilien zurück auf die Weltkarte des

Hungers und auf Platz 2 der weltweiten Todesfälle durch Covid gebracht hat.

Mit Lula stehen die Menschenrechte wieder auf der politischen Agenda. Doch kaum bin ich angekommen, werde ich von Protesten der Bolsonarist*innen überrascht. Sie sperren Straßen, proklamieren die Anfechtung der Wahlergebnisse und rufen sogar das Militär zum Eingreifen auf.

Am nächsten Tag dann, während einer Sitzung der zivilgesellschaftlichen Allianz für Menschenrechte und Agrarlieferketten, bin

ich umgeben von einer Atmosphäre der Erleichterung, der Freude und der Bereitschaft, den Einsatz für ein demokratisches und inklusives Land fortzusetzen. Zu diesem Zeitpunkt schenken wir den Bolsonaroist*innen keine große Beachtung.

Allianz schafft Perspektiven

Die Treffen mit der Allianz verlaufen gut. Die Diskussionen über das deutsche Lieferkettens- und Sorgfaltspflichtengesetz (LkSG) haben zu der Einsicht geführt, dass das deutsche Gesetz Schwächen aufweist, die hoffentlich im europäischen Gesetz nicht auftauchen. Bis wir dieses Ziel erreicht haben, wird die brasilianische Zivilgesellschaft mit der deutschen und europäischen zusammenarbeiten, um Fälle von Menschenrechtsverletzungen zu melden und die Umsetzung des Gesetzes zu überwachen.

Mit der Perspektive auf eine Zusammenarbeit mit der Lula-Regierung würde die Allianz ihre Kräfte hauptsächlich auf die Stärkung der öffentlichen Politik zur Bekämpfung von Sklavenarbeit, zur Erhöhung des Mindestlohns und zur Gewährleistung

der Ernährungssouveränität konzentrieren. Dafür braucht es einen Sozialpakt, der auf demokratischen Werten beruht. Doch ein Teil der brasilianischen Bevölkerung teilt diese Werte nicht. Das wurde kurz nach meiner Reise auf schockierende Art und Weise deutlich.

Vom Protest zum Terror

Nach den Demonstrationen gegen das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen begannen die Bolsonaroist*innen, sich vor den Kasernen der brasilianischen Armee zu versammeln, offenbar ohne zentrales Kommando, aber auf koordinierte Weise. Die Plätze vor den Kasernen wurden von selbsternannten „guten Bürgern und Patrioten“ besetzt. Sie forderten eine militärische Intervention, um das Land von Korruption und Kommunismus zu befreien. Tausende Menschen verließen ihre Familien und ihre Arbeitsplätze, um diese faschistische Idee zu unterstützen.

In nur zwei Monaten festigte sich in diesen Lagern eine Kultur des politischen Terrorismus. Sie mündete in Vandalismus und Plünderung von öffentlichem Eigentum in Höhe von acht Millionen brasilianischen Real. Die Gebäude der Exekutive, Legislative und Judikative in der Bundeshauptstadt Brasilia wurden am 8. Januar gestürmt. Unter dem Motto „Wir holen uns unser Heimatland zurück“ verlangten 10.000 Bolsonaroist*innen nicht nur die Annullierung der letzten Präsidentschaftswahlen (wie die Trumpisten in den Vereinigten Staaten), sondern auch eine Militärintervention und die Verhaftung Lulas.

Nach mehr als 1.000 Verhaftungen, einigen Entlassungen und Absetzungen von Politiker*innen, Beamt*innen und Unternehmer*innen sowie Kontosperrungen und der Auflösung der Lager der Bolsonaroist*innen scheint die Situation vorerst unter Kontrolle. Doch die Unzufriedenheit dieser Gruppierungen setzt sich in der Gesellschaft fort. ➤



Besuch der Kooperative Ecocitrus - ein gutes Beispiel für nachhaltigen Orangen-Anbau in genossenschaftlichen Strukturen.

Die Zivilgesellschaft ist gefragt

Ich erinnere mich an ein kurzes Gespräch, das ich während meiner Reise mit einem älteren Herrn in der Lobby eines Hotels führte. Als wir Bilder von Bolsonaro-Demonstrationen im Fernsehen sahen, sagte er: „Diese Demos gegen die Wahlen sind Unsinn, man muss die Dinge richtig in Ordnung bringen. Es wird für Lula schwierig, zu regieren. Er ist ein Verbrecher, die gesamte Arbeiterpartei ist korrupt.

Delegation brasilianischer Kleinbauern in Deutschland

Fair und nachhaltig ist im Trend, besonders im Lebensmittelsektor. Aber wo werden solche Produkte hergestellt und wie kommen sie nach Deutschland? Darüber berichteten 10 Kleinbauern und Vertreter*innen für fairen Orangensaft im Februar 2023 auf ihrer Deutschlandreise. In Berlin, Köln, Münster und anderen Städten sprachen sie über die Herausforderungen, nachhaltige Produkte am Markt zu etablieren und welches Potenzial agrarökologische Anbaumethoden haben. „Es ist für uns besonders spannend zu sehen, wie andere Kulturen mit der Thematik umgehen. Dieser Austausch hilft uns Landwirt*innen in Brasilien genau so wie den Menschen in Deutschland“, sagt Ricardo Alves, Kleinbauer und Direktor des landwirtschaftlichen Sekretariats des Verbands der Landarbeiter und Familienbauern von Sergipe (Fetase).

Wollen Sie mehr über die Reise erfahren? Besuchen Sie unsere Webseite: www.ci-romero.de/delegationsreise-brasilien/



Sie werden Brasilien in den Ruin treiben.“ Kein Zuspruch für die regierende PT also. Stattdessen der Ruf nach dem Militär. „Ja, das Militär könnte das Land in Ordnung bringen. Zur Zeit der Diktatur war es besser.“ Ich stellte ihm eine rhetorische Frage: „Für wen? Damals wurde viel gefoltert. Ist das nicht eine Verletzung der Menschenrechte der Opfer?“ Rasch antwortete er: „Welche Menschenrechte? Es wurden doch nur Kommunisten gefoltert!“

Dieser Mann repräsentiert die Reaktionäre, deren Verbindung mit den bolsonaristischen Bewegungen in der Ablehnung der Arbeiterpartei begründet ist. Eine neue Regierung, auch wenn sie demokratisch gewählt wurde und eine große Affinität zu sozialen Bewegungen hat, reicht allein nicht aus, um den so dringend erforderlichen tiefgreifenden sozialen Wandel in Brasilien herbeizuführen. Dies ist auch die Aufgabe der Gesellschaft und aller Organisationen, die die Vision einer Welt teilen, in der alle in Würde leben und planetare Grenzen respektiert werden.

Als Reaktion auf die Angriffe der Bolsonarist*innen haben die brasilianischen CIR-Partner*innen Erklärungen zur Verteidigung der demokratisch gewählten Lula-Regierung abgegeben. Am 9. Januar 2023 füllten sie öffentliche Plätze, um friedlich für die Demokratie zu demonstrieren. Mehr denn je ist die Stärkung der Zivilgesellschaft und der sozialen Bewegungen von entscheidender Bedeutung – nicht nur in Brasilien. ■



Die Stimmung in der Allianz ist gut. Gemeinsam kann im Landwirtschaftssektor einiges erreicht werden.



Auch so kann Energiewende aussehen: Ein Kraftwerk für fossile Brennstoffe neben Windkraftanlagen zur Stromerzeugung in Eemshaven.

Mehr mit weniger

Warum wir Energie- und Rohstoffwende nicht gegeneinander ausspielen dürfen

Auf den ersten Blick erscheint es wie ein Dilemma: Damit die sozial-ökologische Transformation gelingt, brauchen wir die Energiewende. Doch für den Ausbau der erneuerbaren Energien ist ein höherer Verbrauch an metallischen Rohstoffen nötig. Wie soll so die Rohstoffwende vorankommen, die ebenfalls Voraussetzung für die Transformation ist? Indem wir Rohstoffe sinnvoller nutzen und Energie- und Rohstoffwende trotz allem zusammendenken. TEXT: THERESA HASCHKE (CIR)

Für den dringend notwendigen Ausstieg aus fossiler Energie mit Wind-, Solar- oder Wasserkraft werden immense Mengen an metallischen Rohstoffen benötigt. Verglichen mit Kohlekraftwerken benötigen Photovoltaikanlagen laut Berechnungen der Internationalen Energieagentur mehr als doppelt so

viele Metalle, Onshore-Windräder fast fünfmal so viele und Offshore-Windräder siebenmal so viele.

Gleichzeitig ist der metallische Rohstoffverbrauch gerade im Globalen Norden bereits jetzt riesig: Wir haben in den letzten 50 Jahren mehr Rohstoffe verbraucht als in der >

Nein zum metallischen Bergbau!
In Mittelamerika ist der Widerstand
gegen rücksichtslosen Extraktivismus
internationaler Konzerne groß.



gesamten Menschheitsgeschichte zuvor. Seit den 1960er Jahren hat sich die benötigte Menge an Metallen versechsfacht. Jährlich steigt dieser Bedarf weiter an. Ein Grund ist die vermehrte Nutzung von Elektronik- und Technologieprodukten. Das Dilemma zeichnet sich ab: Der unabdingbare Ausbau der Technologien für erneuerbare Energien könnte zukünftig in Konkurrenz um endliche Rohstoffe für andere Sektoren stehen, wie beispielsweise die Automobil-, Kommunikations-, Bau- und Elektronikbranche.

Den Bedarf im Verhältnis betrachten

Beim Bau von Kraftwerken schneiden die Erneuerbaren im Vergleich zu Fossilen in puncto Rohstoffbedarf schlechter ab. Hier muss jedoch berücksichtigt werden, dass Gas- und Kohlekraftwerke auch nach Inbetriebnahme eine konstante Zufuhr von fossilen Rohstoffen benötigen – im Vergleich zum Metallbedarf nochmal das Dreifache.

Wird der ganze Lebenszyklus von Kraftwerken betrachtet und werden weitere nicht-metallische Rohstoffe in die Gleichung aufgenommen, ist die Gesamtrohstoffbilanz von Kraftwerken, die aus fossilen Energieträgern Energie erzeugen, deutlich schlechter.

Die Umstellung auf erneuerbare Energien ist in vollem Gange: Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz plant, bis 2030 Strom zu 80 Prozent aus erneuerbaren Quellen zu schöpfen. Die Deutsche Rohstoffagentur schätzt, dass dafür in den nächsten sieben Jahren 67 Gigawatt über Windkraftanlagen und 161 Gigawatt über Photovoltaikanlagen gewonnen werden müssen. Verglichen mit dem Materialverbrauch Deutschlands aus 2020 wird deutlich, dass die Bedarfe an Massenmetallen wie Stahl, Aluminium, Kupfer, Nickel und Zinn für die geplante Umstellung auf Wind- und Solarenergie allerdings nur geringe Anteile des Gesamtverbrauchs ausmachen. Kurz gesagt: Im Verhältnis zu dem, was Deutschland

bereits jetzt an Rohstoffen verbraucht, ist der steigende Verbrauch für den Ausbau der Erneuerbaren winzig – und gleichzeitig sehr wichtig für die Senkung der Treibhausgasemissionen.

Rohstoffe sinnvoller nutzen

Laut einer Studie von Powershift ist nicht der Ausbau erneuerbarer Energien, sondern vor allem der Mobilitätssektor Treiber von hohen Materialverbräuchen. Insbesondere der elektrifizierte Individualverkehr benötigt große Mengen an Kobalt, Nickel und Lithium. Powershift rechnet hoch, dass allein die bis 2030 geplanten Batterien für Volkswagen „etwa zehnmal so viel Aluminium und Nickel benötigen könnten, wie der gesamte geplante Zubau an Windkraftanlagen in Deutschland“. Die Frage sollte also nicht sein, ob die Metalle für die Energiewende genutzt werden sollten, sondern wo an anderer Stelle reduziert werden kann. Eine direkte Übertragung des motorisierten Individualverkehrs in elektrischen ist weder erstrebenswert noch im Kontext einer ganzheitlich und global-gerechten Rohstoffwende umsetzbar. Durch eine echte Mobilitätswende mit Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs können wertvolle Rohstoffe eingespart werden.

Bergbau: Gefahr für Mensch und Klima

Bei dieser Debatte darf nicht ausgeklammert werden, dass der Bergbau insgesamt dramatische sozial-ökologische Folgen hat – unabhängig davon, wofür die Rohstoffe genutzt werden. In den mit wenigen Ausnahmen im Globalen Süden gelegenen Abbauländern von Metallen kommt es immer wieder zu blutigen Konflikten bezüglich Land- und Wassernutzung oder Verunreinigung von Luft, Böden oder Trinkwasser. Der Widerstand von Menschenrechtsverteidiger*innen im Bergbausektor ist besonders gefährlich, denn es

kommt häufiger zu Ermordungen. Auch ist die Bergbauindustrie Treiber der Klimakrise: Mehr als zehn Prozent der globalen Treibhausgasemissionen gehen auf sie zurück. Schätzungen zufolge entfallen circa sieben Prozent der globalen Entwaldung auf den Rohstoffabbau. Hinzu kommt die soziale Ungerechtigkeit: Während die negativen sozial-ökologischen Konsequenzen des Abbaus im Globalen Süden bleiben, können Unternehmen im Globalen Norden Gewinne einfahren.



Die Grube in Lützerath. Ausbau von Braunkohleförderung mitten in Deutschland. Trotz Klimakrise.

Rohstoffwende heißt Reduktion und Kombination!

Die dargestellten Problematiken machen zweierlei klar: Die Rohstoffwende muss erstens eine Reduzierung des primären Rohstoffverbrauchs beinhalten, um die ökologischen Schäden, Menschenrechtsverletzungen und Verteilungskämpfe zu vermeiden. Außerdem ist es zweitens nicht zielführend, die Energiewende gegen die Rohstoffwende auszuspielen: Sie sind beide Teil einer größeren sozial-ökologischen Transformation, die verschiedene Sektoren klug verzahnt und sie menschenrechtskonform sowie ressourcenschonend erneuert. ■

Ein Abschied und zwei neue Teammitglieder



Zum ersten Mal haben wir 2022 ein Volontariat im CIR-Auslandsbereich vergeben: **Katharina Paar** unterstützte uns dabei, eine Reihe von Herausforderungen gut zu meistern. Nun endete ihr einjähriges Volon-

tariat. Wir bedanken uns herzlich bei Katharina und wünschen ihr beruflich wie privat alles Gute!

Ihre Nachfolge als Volontärin im Auslandsbereich hat Mitte Januar **Kristin Weidner** angetreten: Mit einem Masterabschluss in

Global Studies sowie Lateinamerika-Erfahrungen hat Kristin einen gut zur CIR-Arbeit passenden Hintergrund. Wir freuen uns, sie im Team begrüßen zu können!

Ebenso froh sind wir, **Paula Wicke** im Team herzlich willkommen zu heißen: Sie verstärkt als Volontärin seit Dezember 2022 den Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Paula studiert Internationale Sozialarbeit und lebte einige Zeit als Freiwillige in Nicaragua.

Für alle, die Interesse an einem Volontariat oder Praktikum bei der CIR haben, lohnt sich ein Blick auf unsere Webseite:

www.ci-romero.de/stellen

FOTO: CIR

IN EIGENER SACHE

WICHTIG: Seit Januar 2020 erhalten Sie für all Ihre Spenden eines Kalenderjahres nur eine Zuwendungsbestätigung (sog. Sammelbestätigung), und zwar im Januar des Folgejahres. Sollten Sie eine frühere Zusage wünschen, reicht ein kurzer Hinweis an Maria Wilmer (**E-Mail: wilmer@ci-romero.de, Tel.: +49 (0) 251 / 67 44 13-31**).

Wir freuen uns auf Ihren Anruf und helfen bei allen Fragen rund ums Spenden gehen weiter!

Einzugsermächtigung

Ich unterstütze die Arbeit der CIR mit einem Beitrag

von _____ Euro

- einmalig monatlich
 1/4-jährlich 1/2-jährlich jährlich

bis auf Widerruf beginnend am _____

Verwendungszweck:

- Projektarbeit Fördermitgliedschaft
 Öffentlichkeitsarbeit

IBAN / Konto-Nr. _____

BIC / BLZ _____

Bank _____

Hiermit ermächtige ich die Christliche Initiative Romero e.V., den Betrag von meinem Konto durch Lastschrift einzuziehen. Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist mein Geldinstitut nicht verpflichtet, den Betrag einzulösen. Die SEPA-Lastschrift kann jederzeit mit sofortiger Wirkung widerrufen werden.

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

E-Mail

Datum, Unterschrift

BESTELLSCHEIN

Alle angegebenen Preise zzgl. Versandkostenpauschale.



Sie können den ausgefüllten Bestellschein auch mit dem Smartphone abfotografieren und per E-Mail senden an: shop@ci-romero.de



BEAT THE SYSTEM
Mit unserem neuen Online-Spiel spielerisch das kaputte Lebensmittelsystem bekämpfen und (Wissens-) Punkte sammeln:
beatthesystem.ourfood-ourfuture.eu

Noch einfacher: **Online bestellen unter www.ci-romero.de/bestellen**

Romero Initiative	EURO	EXPL.	Initiative Lieferkettengesetz		
presente 1/2023 (vorliegend)			Argumentationsleitfaden: #yesEUcan		
CIR-Spendenbox	gratis		Aufkleber-Set: „Yes EU Can!“ (50 Stück)		
Faltblatt: Gemeinsam Dinge bewegen. CIR-Fördermitgliedschaft			Infopaket Lieferkettengesetz: je ein Beispiexemplar aller Publikationen	gegen Porto	
Infoblatt: Oscar Romeros Bedeutung heute – 40 Jahre nach seinem Todestag	gegen Porto		Kampagnenflyer: #yesEUcan		
Faire öffentliche Beschaffung			Kampagnenplakat: „Großes starten“		
Factsheet: Lebensmittel beschaffen: So wird's fair O-Saft <input type="checkbox"/> BANANEN <input type="checkbox"/>			Aktionszeitung: BRENNPUNKT Ein starkes Lieferkettengesetz für Europa!		
Faltblatt: Für faire Dienstbekleidung in Kommunen!			Kritischer Konsum		
Faltblatt: Sozial verantwortlicher Einkauf in Kommunen – Diese Projekte zeigen, wie es geht!	gegen Porto		Wegweiser durch das Label-Labyrinth (Neuaufgabe 2022)	2,00	
Studie: Blick über den Tellerrand Sozial verantwortliche öffentliche Beschaffung von Lebensmitteln am Beispiel Berlin			Quick Check zum Wegweiser (Neuaufgabe 2022): Die kleine Übersicht fürs Portemonnaie		
Öko-fairer kirchlicher Einkauf			Ein Wegweiser durch das Label-Labyrinth (Restbestände der Auflage 2017/18)		
Aktionspostkarte: Gute Arbeit hier und dort – Kirchliche Mitarbeitervertretungen	gegen Porto		Aktionszeitung: BRENNPUNKT Arbeitsrechte in der Spielwarenindustrie	gegen Porto	
Leitfaden: Wie fair kauft meine Kirche?			Aktionszeitung: BRENNPUNKT Spielzeug ist politisch!		
Kleidung			Prospekt-Persiflage (Adbust): Was hinter Schnäppchen steckt LIDL <input type="checkbox"/> KIK <input type="checkbox"/> EDEKA <input type="checkbox"/>		
Minibroschüre: Offensiv für Fairplay – Das nachhaltige Trikot: Anstoß für Fans und Vereine			Supermärkte und Lebensmittel		
Aktionspostkarte: #PayYourWorkers	gegen Porto		Faire Umhängetasche aus recycelten Lebensmittel-Verpackungen von mai vietnamese handicrafts DIN A4, BLAU <input type="checkbox"/> ORANGE <input type="checkbox"/> GRÜN <input type="checkbox"/>	5,00	
Mini-Magazin: Unhaltbar. Zur WM in Katar.			Kochbuch: Gutes Essen für alle Rezepte plus Hintergrundinfos aus Brasilien und Mittelamerika	2,00	
WM-Sticker: #PayYourWorkers (20er-Set)			Infoplakat: Soja: So nicht! (Format DIN A1)		
Broschüre: Moral im Abseits – Profite gegen Menschenrechte: das kalkulierte Foulspiel der Sportindustrie	4,00		Sticker-Postkarte: Geschmacklose Zutaten		
Dossier: Fast Fashion Eine Bilanz in drei Teilen	5,00		Faltblatt: 25 Tipps für ethisches Essen. Was kann ich tun?	gegen Porto	
Set: Eingefädelt – Arbeitshilfe für Multiplikator*innen	7,00		Poster: Das SuperMarkt-Wimmelbild		
Foto-Posterreihe zur Bekleidungsindustrie: „Nach St(r)ich und Faden“ (6 Poster in DIN A1)	20,00		Broschüre: Der Wandel. Schattenseiten & Lichtblicke in der Orangensafterstellung		
Faltblatt: #Where's the change? zu Fast Fashion			Studie: Ausgepresst. Hinter den Kulissen der Saftindustrie		
Aktionspostkarte: Ich möchte die ganze Rechnung sehen!	gegen Porto		Werkmappe: Arbeitsrechte? Nicht die Bohne! Billiger Kaffee made in Honduras	4,00	
Infoblatt: Was kann ich tun?			Bildungs- und Aktionstasche mit 6 Kurzfilmen + 10 Methodenblättern, der „Werkmappe Supermärkte“, vielen Aktionsmaterialien	10,00	
Klimagerechtigkeit			Wanderausstellung: Lebenswelten. Arbeiter*innen entlang der O-Saft-Lieferkette (20 DIN A2 Plakate) (nur zur Ausleihe, Terminanfrage per E-Mail/ Telefon)		
Broschüre: Wo soll die Reise hingehen? Klimagerechte Zukunft oder zerstörerische Katastrophe	gegen Porto				
Systemwandel					
Wanderausstellung: Genug für alle – Wirtschaftswandel wagen (3 Stecktürme) (nur zur Ausleihe, Terminanfrage per E-Mail/Telefon)					
Leitfaden: Wandelmot! Wie wir eine sozial-ökologische Wirtschaft gestalten	3,00				
Leporello/Faltbüchlein: So schön kann Zukunft sein – Wirtschaft neu denken.	gegen Porto				

Name / Organisation

Straße / Hausnummer

PLZ / Ort

Telefon / Fax

E-Mail

Datum Unterschrift

Bitte schicken Sie mir den **E-Mail-Newsletter** der CIR zu.

romero initiative
STIMME FÜR GERECHTIGKEIT

Romero Initiative (CIR)
Schillerstraße 44a
D-48155 Münster
Telefon +49 (0) 251/67 44 13-0
ci@ci-romero.de
www.ci-romero.de

EIN FILM VON DER ROMERO INITIATIVE (CIR)
UND DEM CLIMATE ACTION NETWORK (CAN)

CLIMATE SOLUTIONS

Stimmen aus Guatemala

*Trockenheit, Sturzfluten, Gemeinden ohne Ernte:
Was hilft?*

JETZT HIER



ANSEHEN

ci-romero.de/klimagerechtigkeit-guatemala